Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 08.10.2014
Ltg.-**485/A-3/38-2014**
R- u. V-Ausschuss

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Landbauer, Dr. Krismer-Huber** und **Dr. Petrovic**

betreffend: **Keine Schließung der Radetzky-Kaserne Horn**

Seit Jahren wird das Bundesheer systematisch krank gespart. Fahrzeuge werden nicht mehr betankt, Ersatzteile nicht angekauft, einfachste Instandsetzungsarbeiten nicht durchgeführt und Fahrzeuge damit frühzeitig ausgeschieden. Der von Bundesminister Klug verordnete Sparkurs bedroht allerdings nicht nur den Grundwehrdienst und die präsenten Kräfte, insbesondere der Katstrophenschutz kann nicht mehr flächendeckend gewährleistet werden. Am 03. Oktober hat Verteidigungsminister Klug nun sein sog. „Reformkonzept fürs Bundesheer 2018“ der Öffentlichkeit präsentiert. Insgesamt 13 Kasernen sollen geschlossen werden, darunter auch die Radetzky-Kaserne Horn.

Die Kriterien, die zu einer Kasernen-Schließung führen sollen, zum einen die Stadt-Lage und zum anderen der schlechte Zustand einer Anlage, sind im Fall der Radetzky-Kaserne nicht zutreffend. In den vergangenen 20 Jahren wurden rund 10 Millionen Euro investiert, um die Gebäude zu sanieren und auch technisch auf den letzten Stand zu bringen. Darüber hinaus ist die Horner-Kaserne am Stadtrand gelegen und über eine Anbindung auf eine Umfahrung ohne durch die Stadt zu müssen, erreichbar.

Durch ein Schließen der Horner Kaserne setzt man die Sicherheit der Bevölkerung aufs Spiel, da ein ausreichender Katastrophenschutz nicht mehr gewährleistet werden kann. Darüber hinaus würde damit ein wichtiger wirtschaftlicher Impuls für die Region wegfallen. 170 Heeresmitarbeiter würden ihren Job verlieren, es wäre daher in der Region auch mit einer neuerlichen Abwanderungswelle zu rechnen.

Jährliche Erhaltungskosten von rund 290.000 Euro stehen in keiner Relation zu den im Falle einer Schließung anfallenden Dienstzuteilungsgebühren. Diese steht jedem Kasernenbediensteten bis zu seiner Versetzung und danach drei weitere Monaten zu. Alleine im ersten Monat würden daher Ausgleichszahlungen in Höhe von 211.140 Euro, in den darauffolgenden Monaten in Höhe von 105.570 Euro schlagend. Klugs

Rechtfertigung, die Kaserne Horn aus Einsparungsgründen schließen zu wollen, entbehrt daher jeglicher Grundlage und ist schlichtweg falsch.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der NÖ Landtag spricht sich gegen die Schließung der Radetzky-Kaserne Horn aus.

2. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, bei der Bundesregierung, insbesondere bei Bundesminister Mag. Gerald Klug, sicher zu stellen, dass es zu keiner Schließung der Radetzky-Kaserne Horn kommt.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 16. Oktober 2014 möglich ist.